

II-8445 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 27. März 1969      No. 1222/15

Anfrage

der Abgeordneten L a n c  
 und Genossen  
 an den Bundesminister für Finanzen  
 betreffend Mehrbelastungen des Bundes durch Auslandsanleihen  
 mit variablen Zinssätzen

In den letzten Monaten ist es auf den internationalen Kapitalmärkten durch inflatorische Auftriebskräfte und Spannungen im Weltwährungssystem zu einer Eskalation der Zinssätze gekommen. Insbesondere das letzte halbe Jahr war gekennzeichnet durch eine markante internationale Geldverteuerung in den wichtigsten Finanzzentren.

Symptomatisch dafür ist unter anderem die Entwicklung der Prime Rate für erstklassige Wirtschaftskredite am amerikanischen Kreditmarkt und deren Erhöhung zu den einzelnen Stichtagen:

November 1967	6%
19. 4. 1968	6 1/2%
18.12. 1968	6 3/4%
7. 1. 1969	7%
17. 3. 1969	7 1/2%

Auch auf den Euromärkten erreichen die Zinssätze Höchststände. So etwa stiegen die Dreimonatssätze auf dem Eurodollarmarkt im März 1969 auf 8 1/2 bis 8 5/8% an.

- 2 -

Die Auslandsverschuldung der Republik Österreich ist in den Jahren der ÖVP Alleinregierung sehr stark angestiegen. Sie betrug Ende 1966 noch rund 3,7 Milliarden Schilling und erhöhte sich bis Ende 1968 auf rund 11,9 Milliarden Schilling. Diese Entwicklung bedeutet, daß die Auslandsverschuldung des Bundes Ende 1966 1,41% des Bruttonationalproduktes betrug, während sie Ende 1968 bereits 4% überschritt; der Anteil der Auslandsverschuldung an der Gesamtverschuldung des Bundes stieg von 1966 auf 1968 von 12,5 auf 29,8%.

Ein beträchtlicher Teil der Auslandsschulden des Bundes wurde mit variablen Zinssätzen aufgenommen. Dies wurde vom Amtsvorgänger des derzeit im Amt befindlichen Bundesministers für Finanzen in der 84. Sitzung des Nationalrates vom 19. und 20. Dezember 1967 damit zu rechtfertigen versucht, daß er darauf hinwies, daß variable Zinssätze deshalb gewählt wurden, da "wenn das Geld billiger wird Österreich automatisch in den vollen Genuß der Zinsverbilligung kommt" und uns also variable Zinssätze "alle Vorteile eines rückläufigen Zinssatzes" sichern.

Die damaligen Vorhaltungen von Fachleuten mit dem Hinweis auf das zu erwartende Ansteigen des internationalen Zinsniveaus wurden von der Regierung verworfen.

Um einen Überblick über die Mehrbelastung des Bundes durch den Abschluß von Auslandskrediten mit variablen Zinssätzen zu erhalten, stellen deshalb die unterfertigten Abgeordneten nachstehende

Anfrage:

- 1) Welche Finanzschulden des Bundes mit variablen Zinssätzen wurden bisher in der laufenden Legislaturperiode aufgenommen?
- 2) Welchen Betrag erreichte die Zinsenbelastung des Bundes im Zusammenhang mit diesen Auslandskrediten vom Zeitpunkt des jeweiligen Vertragsabschlusses bis inklusive 31. März 1969?

- 3 -

- 3 -

- 3) Bei welchen der genannten Kredite wurde die jeweils mit dem Kreditgeber vereinbarte Höchstgrenze der Verzinsung bereits erreicht?
- 4) Welche Mehrbelastungen an Zinsenzahlungen ergeben sich für den Bund durch das Ansteigen der Zinssätze auf den internationalen Kapitalmärkten, insbesondere auf dem Eurodollarmarkt, ausgedrückt in der Differenz zwischen jener Zinsenzahlung, die der Bund nach den im Zeitpunkt der jeweiligen Auslandskreditaufnahme mit variablen Zinssätzen gültigen internationalen Kapitalmarktzinssätzen zu zahlen gehabt hätte und der Zinsendienstleistung, die der Bund für diese Auslandskredite auf Grund des mittlerweile höheren ~~Zinsniveaus~~ effektiv zu erbringen hatte?